

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft



ZdK

28. Jg. Nr. 3  
August 2022

## Editorial

### Verändert euch!

Diese Sommer-Ausgabe der Salzkörner liest sich wie ein vielstimmiger Appell: Verändert euch! Am Wandel in Haltung und Handeln führt kein Weg vorbei, wo Antworten gefunden werden müssen auf die rasche Veränderung der Welt, der Gesellschaft und der Kirche.

Der Misereor-Ernährungsexperte Markus Wolter analysiert die Gründe für den rasanten Anstieg des globalen Hungers seit 2021 und fordert politische und persönliche Entscheidungen, um die Lage zu ändern. Die BDKJ-Bundsvorsitzenden Lena Bloemacher und Daniela Hottenbacher schauen auf die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche und kritisieren, dass Menschen unter 18 politisch fast ausschließlich als Schüler\*innen wahrgenommen werden. Die Palliativschwester Claudia Reifenberg hat sehr Persönliches zur aktuellen Debatte über eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe in Deutschland beizutragen. Und der katholische Religionslehrer Theo Schenkel beschreibt, warum er als trans\* Person ein Selbstbestimmungsgesetz für überfällig hält.

In der Kirche ist das Thema Selbstbestimmung „heiß“ und damit auch auf dem Synodalen Weg in der Debatte. Mit „toxischer Barmherzigkeit“ kommt man jedenfalls nicht weiter, ist der Theologe Wolfgang Beck überzeugt. Und Thomas Großmann, der drei Jahrzehnte lang die Abteilung „Katholikentage und Großveranstaltungen“ beim ZdK geleitet hat, macht sich Gedanken über die Zukunft dieses großen Christentreffens. Seine Botschaft: Verändert euch! Da geht wohl ein heißer Sommer über in einen heißen Herbst.

Marc Frings

## Inhalt

### Ernährungssicherheit – quo vadis? \_\_\_\_\_ 2

Das Welternährungssystem steckt in der Krise  
Markus Wolter

### Eingeschränkte Erfahrungswelten \_\_\_\_\_ 4

Gerade junge Menschen spüren die Auswirkungen der Corona-Krise deutlich  
Lena Bloemacher & Daniela Hottenbacher

### „Man muss diesen Weg nicht gehen“ \_\_\_\_\_ 6

Was eine Palliativschwester über die Debatte zum assistierten Suizid denkt  
Claudia Reifenberg

### Phänomene toxischer Barmherzigkeit \_\_\_\_\_ 8

Wie die Kirche mit ihren Fehlern umgehen sollte – eine theologische Frage  
Prof. Dr. Wolfgang Beck

### Ein Gesetz für wenige, aber mit großer Wirkung \_\_\_\_\_ 10

Was das geplante Selbstbestimmungsgesetz für trans\* Personen bedeutet  
Theo Schenkel

### Der Katholikentag der Zukunft \_\_\_\_\_ 12

Kirchengrenzen überwinden ist notwendig  
Dr. Thomas Großmann

## Ernährungssicherheit – quo vadis?

Das Welternährungssystem steckt in der Krise

**345 Millionen Menschen in 82 Ländern haben laut dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen nicht genügend zu essen. 2021 waren es noch 150 Millionen und im Januar 2022 – kurz vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine – 276 Millionen. Was hat zu diesen großen Anstiegen geführt?**

**Hunger und Mangelernährung haben strukturelle Ursachen. Die Krise ist nicht neu, hat sich während der Pandemiezeit schon verschärft, aber durch den Ukrainekrieg einen Schub bekommen.**

### Die vier „Cs“ – eine Vielfachkrise

Im Welternährungssystem kommen momentan vier Krisenfaktoren zusammen:

**Climate** – Klima. Die Erderhitzung macht im Krieg keine Pause. Im östlichen Afrika erleben wir die schlimmste Dürre seit 40 Jahren. In Indien herrschte im Frühjahr eine extreme Hitzewelle und der März hat in Deutschland dieses Jahr alle Rekorde an Trockenheit gebrochen. Wir sind alle betroffen.

**Covid** – die Pandemie hat schon vor dem Krieg dazu geführt, dass zusätzliche 160 Millionen Menschen gehungert haben. Menschen verloren ihre Arbeit, durften nicht über Ländergrenzen als Wanderarbeitende oder zum Markt, um ihre Waren zu verkaufen – die Auswirkungen der Lockdowns haben die Ernährungssicherheit deutlich verschlechtert.

**Conflict** – kriegerische Auseinandersetzungen sind eine der Hauptursachen für Hunger. Das sehen wir im Jemen, in Somalia und Afghanistan. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat geostrategisch jedoch besondere Auswirkungen. Die Ukraine und Russland sind zwei der wichtigsten Exporteure für Agrarrohstoffe wie Weizen, Mais und Sonnenblumenöl. 44 Prozent des in Afrika verbrauchten Weizens stammen aus diesen beiden Ländern.

**Costs** – die Kosten sind gestiegen, und zwar für Lebensmittel, Treibstoff und Dünger. Diese Kostensteigerungen

setzten schon vor dem Krieg ein. So verteuerte sich Mais in Burkina Faso im Februar um 30 Prozent, im Libanon verdoppelten sich die Weizenpreise zwischen Februar und März. In Ägypten wurde Brot bis zu 40 Prozent teurer.

### Abhängigkeitskrise – wie lassen sich die gestiegenen Kosten erklären?

Die steigenden Energiepreise für Öl und Gas haben verschiedene Auswirkungen auf die Landwirtschaft und machen deutlich, wie abhängig unser Ernährungssystem von fossilen Energieträgern ist. So ist mineralischer Stickstoffdünger energetisch sehr aufwendig herzustellen und seine Produktion hängt eng mit dem Gaspreis zusammen. Dieser Dünger ist aktuell bis zu sechs Mal so teuer wie noch vergangenes Jahr und verteuert damit die Produktion von Getreide und Mais deutlich. Mit gestiegenen Ölpreisen steigen auch die Dieselpreise für Landmaschinen, die Kosten für Transport, Kühlung und Weiterverarbeitung von Lebensmitteln.

Das erklärt die häufige parallele Entwicklung von Lebensmittel- und Rohölpreisen. So gingen vom Rohölpreis in der Finanzkrise 2007/08 bis zu 50 Prozent der Preissteigerungen bei Lebensmitteln aus.

Dass wir die vorherrschende Art der Düngung deutlich reduzieren müssen, wird nicht nur wegen der großen Abhängigkeit von Erdgas deutlich, sondern auch mit Blick auf die Klimakrise. Die Produktion von synthetischem Stickstoffdünger allein ist für circa zwei Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

### Versorgungskrise? Haben wir genug?

Momentan ist die Versorgung mit Lebensmitteln in der EU und Deutschland sicher, auch wenn es temporär zu Lieferengpässen und Preissteigerungen kommt. Weltweit gibt es rechnerisch keine Knappheit – Hunger ist wie fast immer eine Frage der Verteilung und von Armut. Besonders betroffen vom Krieg und dem teilweisen Ausfall der Ukraine als Lieferantin sind insbesondere Länder in Afrika, dem Nahen Osten und Asien. So bekamen bisher der Libanon 60 Prozent seines Weizens aus der Ukraine, Pakistan und Libyen je 40 Prozent.

# Politik

## Ernährungskrise

### Achterbahn auf den Agrarmärkten

Seit Juni sinken die Preise jedoch wieder – wie ist das möglich? Trotz der widrigen Umstände ist das Preisniveau je Tonne Weizen von 450 Euro im Mai auf 265 Euro im Juni gesunken – was sind die Gründe?

In wichtigen Anbauländern wie Frankreich, USA und Australien sind gute Ernten vorhergesagt. Die Ukraine kann doch mehr aussäen als vorhergesagt und über einen Export aus der Ukraine über das Schwarze Meer wird derzeit verhandelt. Außerdem hat Ägypten als großes Importland weniger Nachfrage angekündigt und seine Bauern zu einer Mindestabgabe von Weizen an den Staat zum Mindestpreis genötigt. Die Weltgetreideernte wird wohl nur geringfügig kleiner ausfallen und es sind hohe Lagerbestände möglich. Aber: Es gibt keine Entwarnung. Sollte sich nur einer dieser Umstände verändern, kann dadurch das Preisgefüge sofort wieder beeinflusst werden. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) brachte es im Juni auf den Punkt: „Ohne Frieden in der Ukraine werden sich die weltweiten Probleme der Ernährungssicherheit weiter verschärfen.“

### Wie könnten die Lösungen aussehen?

Um die dramatische Lage der Hungernden dieser Welt zu entschärfen, aber gleichzeitig die strukturellen Probleme zu überwinden, muss zwischen kurz- und mittelfristigen Lösungen unterschieden werden.

### Kurzfristig

Das Menschenrecht auf Nahrung muss oberste Priorität bei allen Aktivitäten haben. Dazu gehört, dass das chronisch unterfinanzierte Welternährungsprogramm (WFP) besser ausgestattet werden muss, um für die aktuelle Hungersituation gewappnet zu sein.

Beim G7-Gipfel in Elmau Ende Juni wurden zwar Zusagen der Länder zur besseren finanziellen Ausstattung gemacht, die Lücke zu einer ausreichenden Versorgung ist aber groß. Die bisherigen Aktivitäten der Bundesregierung zielen noch sehr stark auf Lösungen unter der Leitung von G7 und Weltbank ab. Diese Gruppe hat aber eigene geo-

politische und wirtschaftliche Interessen und ist vor allem nicht partizipativ – die Betroffenen der Hungerkrise sitzen nicht mit am Tisch. Das tun sie aber beim Gremium des Welternährungsausschusses (CFS). Dieses Gremium müsste gestärkt werden, denn dort haben sowohl die Länder des Globalen Südens als auch die Zivilgesellschaft Mitspracherecht.

Für Agrarfinanzgeschäfte sollten Handelslimits eingeführt werden, um negativen Auswirkungen von Nahrungsmittelspekulation und spekulativer Lagerhaltung entgegenwirken zu können.

Es braucht umfassende Schuldenerlasse. Staaten müssen von ihrer erdrückenden Schuldenlast befreit werden, um Hunger und wachsender Armut aus eigener Kraft begegnen zu können. Dringend geboten ist es auch, die Beimischquoten von Biokraftstoffen zu reduzieren.

### Mittelfristig

Die Verwendung von Getreide als Viehfutter und für Treibstoffe zu reduzieren, hat hier die oberste Priorität. Für Futtermittel werden in EU und Deutschland 62,8 bzw. 57,6 Prozent des Getreides verwendet. Nur etwa 20 Prozent des in Deutschland angebauten Getreides wird direkt für die menschliche Ernährung eingesetzt. Damit einhergehen muss eine Reduktion des Fleischkonsums und ein Umbau der Tierhaltung.

Die aktuelle Krise wurde durch Abhängigkeiten bei Importen von Energie, Grundnahrungsmitteln und Kunstdünger ausgelöst – jetzt braucht es eine klare Reduzierung von Abhängigkeiten. Wir von Misereor fordern hier massive Investitionen aller G7-Staaten in eine vielfältige agrarökologische Produktion in den Ländern des Globalen Südens. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein deutliches Signal für die Förderung einer agrarökologischen Landwirtschaft und die Stärkung lokaler Ernährungssysteme zu setzen.

### | Markus Wolter

Referent für Landwirtschaft und Welternährung bei Misereor

## Eingeschränkte Erfahrungswelten

Gerade junge Menschen spüren die Auswirkungen der Corona-Krise deutlich

**Der nächste Corona-Winter kommt bestimmt. Kinder und Jugendliche sind davon ebenso betroffen wie Erwachsene, werden aber selten ganzheitlich wahrgenommen. Sie sind Heranwachsende, Erfahrungssuchende, Lebeshungrige – nicht nur Schüler\*innen. Gerade in dieser Lebensspanne wollen sie sich in vielen Bereichen ausprobieren, und sie sollten es auch. Dazu müssen ihnen entsprechende Räume geboten und ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Wer die Lebenswelt junger Menschen auf die Schule reduziert, missachtet die vielfältigen Sozialräume, in denen sie sich bewegen.**

Die Rahmenbedingungen der Pandemiebekämpfung bedeuteten in der jüngsten Vergangenheit massive, monatelange Einschränkungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alltag – und damit: in einer ganzen Lebensphase. So erleben junge Menschen die Corona-Krise und ihre Auswirkungen sehr intensiv.

Für Kinder wiegt ein Unterbrechen von Routinen schwerer als für Erwachsene. Viele können sich nicht mit wissenschaftlicher Herangehensweise beruhigen. Ihnen blieb das „Selbst-Handeln“ – und damit die Möglichkeit, sich als selbstwirksam zu erleben – an entscheidenden Punkten verwehrt. Die Diskussion beschränkte sich in vielen Fällen auf die Schließung bzw. Öffnung von Schulen. Für die Entwicklung von jungen Menschen sind aber auch andere Erfahrungsräume enorm wichtig.

### (Un)sichtbarer Verzicht

Es sind die wertvollen außerschulischen Erfahrungswelten, die in hohem Maße zu kurz kamen: die selbstbestimmte Freizeitgestaltung, zum Beispiel im Rahmen der Jugendverbandsarbeit. Das heißt: die Teilnahme an Gruppenstunden und Freizeiten, die Durchführung dieser Aktionen als junge Verantwortliche, die Begleitung von Kindern

und Jugendlichen in ihrer Entwicklung und das Gruppengefühl. Jugendverbände sind Orte des Aufwachsens, des Abschaltens, des Sich-Ausprobierens und der Akzeptanz. Dazu gehört, abends am Lagerfeuer zu sitzen, Gemeinschaft zu erleben, Geschichten zu erzählen und neue zu schreiben; gemeinsam Gottesdienst zu feiern, spirituelle Erfahrungsräume zu entfalten und sich im Dialog mit dem eigenen Glauben auseinanderzusetzen. Und auch: einen Safe Space zu fordern und ihn gemeinsam zu schaffen, sich in neuen Kontexten zu bewegen und Freiräume auszuloten, sich weiterzubilden, in Jugendleiter\*innen-Schulungen ein Methodenfeuerwerk zu entzünden und die eigene Persönlichkeit weiterzuentwickeln, ohne Leistungsdruck und Notengebung miteinander zu wachsen und erwachsen zu werden. Das alles macht Jugendverbände zu Werkstätten der Demokratie. All das konnte in der Coronazeit nur reduziert oder oftmals gar nicht stattfinden.

Auf viele Möglichkeiten der Selbstentfaltung haben junge Menschen verzichtet, während ihnen innerhalb der Gesellschaft immer wieder Verantwortungslosigkeit zugeschrieben und Verantwortlichkeiten übertragen wurden. Und doch blieb das, was Kinder und Jugendliche während der Lockdowns und Einschränkungen geleistet haben, nicht selten unerwähnt und somit gesamtgesellschaftlich unsichtbar.

### „Verpasst, verschoben, verunsichert?“<sup>1</sup>

Außer Frage steht: Auch im Kontext der Corona-Pandemie gestalten junge Menschen ihr Leben aktiv, sie sind solidarisch, entwickeln sich weiter und erleben mitunter positive Momente. Jedoch führte die Krise zu markanten Einschnitten in ihren Lebenswelten, die über die pandemischen Hoch-Zeiten hinaus sichtbar bleiben. Dies spiegelt auch die gegenwärtige Studienlage wider. So sind zwei Jahre im jungen Alter besonders prägend und für die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie sowie ihrer Entwicklung immens wichtig.

Weiterhin zeichnet sich ab, dass Geldsorgen (Nov. 2020: 33,8 %; Dez. 2021: 43,4 %) und Zukunftsängste (Nov. 2020: 45,6 %; Dez. 2021: 57,4 %) bei jungen Menschen während

<sup>1</sup> Andresen, Sabine et al., Verpasst? Vershoben? Verunsichert? Junge Menschen gestalten ihre Jugend in der Pandemie, Hildesheim 2022.

der Pandemie zugenommen haben. Besonders belastet sind diejenigen, denen Räume zur Interaktion mit Gleichaltrigen und zur Ausübung ihrer Hobbys fehlen.

## Mental gesund?

Die Studienlage verdeutlicht auch, dass die Intensität der Betroffenheit junger Menschen unterschiedlich ist und insbesondere von den Ressourcen bedingt wird, auf die sie zurückgreifen können – sowohl gesundheitlich als auch mit Blick auf die eigene Lebensplanung.

Die COPSY-Studie<sup>2</sup> macht darauf aufmerksam, dass sich die psychische Gesundheit junger Menschen im Verlauf der Pandemie verschlechtert hat. So litt bereits ein Jahr nach Pandemie-Beginn fast jedes dritte Kind unter psychischen Auffälligkeiten. Berichtet wird von verstärkten Belastungen, von psychosomatischen Stresssymptomen wie Gereiztheit, Niedergeschlagenheit, Einschlafproblemen sowie Kopf- und Bauchschmerzen. Die Ergebnisse verdeutlichen auch, dass sieben von zehn befragten Kindern im Verlauf der Pandemie weniger Lebensqualität verspürten.

## Keine zeitlich begrenzte Krise

Einen Rahmen finden diese Entwicklungen in der Gestaltung der Kinder- und Jugendpolitik, deren Defizite in den Augen junger Menschen durch die Krise offengelegt wurden und nicht nur im derzeit für die Zukunft kaum gerüsteten Bildungssystem Ausdruck finden. So berichten junge Menschen, dass sie sich stereotypisiert porträtiert, nicht gehört und nicht adäquat beteiligt fühlen. Hinzu kommt, dass die Bedingungen ihres Aufwachsens sowie ihre Teilhabe- und Bildungschancen schlechter sind, wenn sie beispielsweise mit Beeinträchtigungen leben oder einen niedrigen sozioökonomischen Status haben.

Die Krise endet für Kinder und Jugendliche aber nicht mit der Pandemie, die ihrerseits auch noch nicht vorbei ist. Deshalb bedarf es jetzt einer Aufarbeitung auf allen Ebenen, um in Zukunft neuen Herausforderungen besser begegnen zu können. Die Erkenntnisse veranschaulichen, wie wichtig es ist, dabei den Blick für mehrdimensionale

Benachteiligungsmechanismen zu schärfen und Heranwachsende in ihren unterschiedlichen Lebenslagen und ihrer Vielfalt wahrzunehmen.

## Erfahrungen ernst nehmen

Junge Menschen haben in der Pandemie vielzählige Erfahrungen gesammelt. Einige haben sie traumatisiert und ihre Zukunftsvorstellungen verändert. Sie mussten lernen, wie schnell ihre Freiheit beschnitten wurde und dass sie ohne bedarfsorientierte Unterstützung der Politik auf sich gestellt waren. Sie mussten schmerzlich erfahren, dass sie in der Gesellschaft vor allem zählen als zu beschulende Leistungserbringer\*innen. Jugendliche und junge Erwachsene, die ehrenamtlich aktiv sind, sahen, wie ihr Engagement gesellschaftlich unsichtbar wurde, und mussten sich – konfrontiert mit noch prekäreren Rahmenbedingungen – zurückkämpfen zu einer Existenzberechtigung für ihr Ehrenamt: Räume für Kinder- und Jugendarbeit waren geschlossen, die Corona-Regelungen nicht auf Gruppen zugeschnitten und die Vorgaben, um Aktionen für Kinder und Jugendliche durchzuführen, finanziell oder personell kaum umsetzbar.

Umso wichtiger ist es, aus den Erfahrungen zu lernen und Schlüsse für zukünftige Entscheidungsszenarien zu ziehen. Es gilt, Gelegenheiten zu schaffen, bei denen junge Menschen laut werden können und gehört werden. Es bedeutet, junge Menschen außerhalb ihres schulischen Daseins wahrzunehmen und diesen Teil ihres Lebens mindestens mit ihrer Arbeit in der Schule gleichzusetzen. Den eigenen Perspektiven von jungen Menschen muss Raum und ihrer Beteiligung müssen Plattformen gegeben werden. Das bedeutet, gesamtgesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen, um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Zukunftsperspektiven zu eröffnen und dafür Sorge zu tragen, dass sich ihre Interessen in Wirkungsräumen entfalten können. Ein junger Mensch ist vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft – dem muss auch die gesellschaftliche und politische Realität Rechnung tragen.

| [Lena Bloemacher & Daniela Hottenbacher](#)  
Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen  
Katholischen Jugend (BDKJ)

<sup>2</sup> Ebd.

# Ethik

## Sterbehilfe

### „Man muss diesen Weg nicht gehen“

Was eine Palliativschwester über die Debatte zum assistierten Suizid denkt

**Claudia Reifenberg ist gelernte Kinderkrankenschwester, arbeitete 20 Jahre in der Kinderonkologie der Universitätsklinik Bonn und gründete gemeinsam mit einigen Kolleg\*innen den ersten Kinder-Palliativdienst in Deutschland. Seit zehn Jahren arbeitet sie als ambulante Palliativschwester für Erwachsene. Sie erzählt von ihrem Arbeitsalltag und warum es ihrer Meinung nach keine aktive Sterbehilfe braucht.**

*Frau Reifenberg, was macht palliative Versorgung aus?*

Claudia Reifenberg: Ein großes Ziel der palliativen Arbeit ist es, Lebensqualität zu schaffen. Die Beurteilung der Schmerzen meiner Patient\*innen ist eine meiner zentralen Aufgaben. Ich höre zu: Was haben die Patient\*innen für Schmerzen? Dann nehme ich Kontakt zu Hausärzt\*innen auf und bespreche, was jetzt in diesem Moment sinnvoll ist.

Es ist aber auch immer meine Aufgabe, meine Patient\*innen ganz sensibel und vorsichtig dahin zu führen, dass das Sterben nicht mehr weit ist. Das ist manchmal ganz schwierig, wenn sie es nicht hören wollen. Trotzdem sehe ich meine Aufgabe schon auch darin, immer wahrhaftig und ehrlich zu sein. Und dazu gehört auch, diesen Weg mitzugehen und diese Trauer und die Wut und alles, was dazu gehört, mit den Patient\*innen auszuhalten.

*Also bedeutet Sterbebegleitung für Sie auch, ganz viel über den Tod zu sprechen?*

Reifenberg: Auf jeden Fall! Die Menschen haben oft ganz praktische Fragen. Wie ist das eigentlich mit dem Sterben? Tut das weh? Wie fühle ich mich dann? Was gibt es für Medikamente? Was tun Sie, wenn Sie merken, dass ich sterbe? Mein Job ist es, ihnen und auch den begleitenden Angehörigen dabei ein gutes Gefühl zu geben und zu vermitteln: Sterben an sich ist nichts Schlimmes. Sterben ist etwas, das sich mit dem richtigen Handwerkszeug

und guten Medikamenten relativ sanft gestalten lässt. Damit meine ich um Gottes Willen nicht, dass man aktiv eingreift! Aber dass man eben Medikamente zur Verfügung hat, sodass die Patient\*innen keine Atemnot und keine Schmerzen haben müssen. Je nach Dosis dürfen sie auch eher schläfrig sein, das können sie sich ja auch wünschen.

*Sie haben gerade aktive Sterbehilfe kategorisch ausgeschlossen, warum?*

Reifenberg: Ich würde niemals Menschen aktiv irgendwie dabei unterstützen, ihr Leben zu beenden. Ich bin fest davon überzeugt, wenn du eine gute Palliativversorgung hast, dann brauchst du das nicht.

*Wie bewerten Sie diese Debatte?*

Reifenberg: Die Palliativärzt\*innen sind auch nicht sehr glücklich über die Idee, dass wir dazu da sein sollen, Menschen zu erlauben, ihr Leben so zu beenden. Natürlich haben die Menschen ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, wann sie gehen. Aber es gibt kein Recht darauf, dabei die aktive Unterstützung von Ärzt\*innen zu bekommen. Die Ärzt\*innen haben ihren hippokratischen Eid geleistet, sie können nicht einfach ein Leben beenden.

Ganz oft höre ich bei Besuchen: „Am liebsten würde ich jetzt eine Tablette nehmen und dann wäre ich tot.“ Wenn ich nachfrage und dazu ins Gespräch komme, stellt sich in 90 Prozent der Fälle heraus: „Ich möchte meinen Angehörigen nicht zur Last fallen.“ Ich versuche immer, mit ein bisschen Humor zu reagieren, und sage dann: „Sie sind doch die Mutter von diesem Menschen. Sie haben mit Sicherheit auch auf viel verzichtet, um Ihre Tochter oder Ihren Sohn zu dem zu bringen, wo er oder sie jetzt ist. Sie haben sich gekümmert und hätten alles dafür getan, Ihr Kind zu versorgen. Warum können Sie es jetzt nicht erlauben, das einfach mal umzudrehen? Viele Kinder wollen das gerne für ihre Eltern tun.“ Wenn man im Kopf an dieser Schraube ein wenig drehen kann, dann ist die Reaktion: „Ja, stimmt eigentlich, so habe ich das noch nie gesehen.“

*Warum, glauben Sie, wollen so viele Menschen die Legalisierung des assistierten Suizids?*

Reifenberg: Ein großes Problem bei der Debatte ist das Halbwissen in der Bevölkerung. Viele Menschen haben

# Ethik

## Sterbehilfe

keinen Zugang zu Palliativmedizin, sie wissen gar nicht, was das bedeutet.

Ein Beispiel: Wir haben in Deutschland die Erlaubnis, eine palliative Sedierung bei Menschen durchzuführen, die sagen: „Das Leid meiner Erkrankung ist für mich unerträglich.“ Sie haben ein Recht darauf. Das heißt, Ärzt\*innen sind verpflichtet, dich wie in eine Narkose zu legen, und dann übernimmt die Natur. Du kriegst keine Nahrung und keine Flüssigkeit mehr. Du merkst es aber nicht, weil du schläfst, und kannst dann ganz in Ruhe sterben. Ohne dass jemand aktiv eingreift. Viele Menschen wissen überhaupt nicht, dass wir auch hier Möglichkeiten haben, die nicht so massiv sind und die eben auch den Beteiligten nicht das Gefühl geben, sie hätten einen Menschen umgebracht.

*Findet Ihrer Meinung nach die Perspektive der Ärzt\*innen in der Debatte um Suizidassistenten ausreichend Gehör?*

Reifenberg: Also ich erlebe, dass es meist um die Betroffenen und ihr Recht geht. Aber natürlich haben Ärzt\*innen genauso ein Recht darauf zu sagen: „Ich möchte das nicht.“ – Pflegende übrigens auch. Auch die Angehörigen, die das Ganze ja mittragen müssten, müssen in dieser ganzen Debatte stärker gesehen werden.

Ich hatte mal eine Patientin, die sagte, sie wolle unbedingt in die Schweiz fahren, weil sie nicht wusste, dass es Palliativmedizin überhaupt gibt. Dann habe ich mit ihr gesprochen und wir haben zusammen einen Plan ausgearbeitet. Am Ende war sie selber froh, dass sie nicht in die Schweiz musste – und die Tochter eben auch. Die sagte: „Ich hätte meine Mutter natürlich begleitet, aber es hätte mir das Herz zerrissen und ich hätte mich für den Rest meines Lebens schuldig gefühlt.“

*Angenommen, es gäbe eine klare gesetzliche Regelung, die aktive Suizidhilfe erlaubt, wie würde das Ihre Arbeit beeinflussen?*

Reifenberg: Meine Haltung würde ich nach wie vor behalten, gar keine Frage. Meine Arbeit würde sich vielleicht insofern verändern, dass es Menschen geben würde, die sagen: „Ich will diesen ganzen Zirkus nicht, ich will jetzt sofort sterben.“ Dann wäre es an mir zu sagen: „Dann müssen Sie sich jemanden suchen, der das mit Ihnen tut.

Ich mache das nicht.“ Ich würde natürlich versuchen, den Menschen erst mal zu erklären, welche Möglichkeiten wir haben. Diese Situation hatte ich auch schon mal.

Ein älterer Mann war an Lungenkrebs erkrankt und ließ mich zu sich nach Hause kommen. Er war sehr offen und sagte: „Ich sag Ihnen das gleich, die Schweiz ist gebucht – aber was haben Sie denn zu bieten?“ Dann hieß es Reifenberg gegen Schweiz. Ich habe ihm meine Arbeit und meine Vorgehensweise erklärt. Er überlegte und sagte: „Ich glaube, ich gehe mit Ihnen!“ Das war ihm doch irgendwie näher. Er musste nicht irgendwo hinreisen, er hatte seine Familie um sich. Am Ende ist er mit seinem neugeborenen Enkel neben sich auf dem Bett liegend verstorben. Alle Angehörigen sagten: „Das hätte er in der Schweiz nicht gehabt, da hätte er nicht mal die Geburt dieses Kindes noch erleben können.“

Und von daher glaube ich, ist es an uns zu sagen: Man muss diesen Weg nicht gehen. Meine Überzeugung ist, dass ich mit Zeit, mit Fachwissen, mit Professionalität und mit dem Zutun vieler Ärzt\*innen die Menschen gut zu Hause versorgen kann, in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung. Ich glaube, dass ich das kann.

### | Claudia Reifenberg

Ambulante Palliativschwester im Rheinviertel in Bonn

### | Janine Loureiro

führte das Gespräch

Der Bundestag beschäftigt sich seit einiger Zeit mit der gesetzlichen Neuregelung der Sterbehilfe. Drei Vorschläge liegen vor, alle wurden von fraktionsübergreifenden Gruppen erarbeitet. Sie beinhalten Initiativen zur Beratung Suizidwilliger, zur Gutachtenlösung oder zur Rückkehr zur strafgesetzlichen Regelung wie vor 2020 – bei Beachtung von Ausnahmefällen. Gemeinsam mit einem Gruppenantrag unter dem Titel „Suizidprävention stärken und selbstbestimmtes Leben ermöglichen“ wurden die Vorschläge an den federführenden Rechtsausschuss überwiesen.

# Kirche Fehlerkultur

## Phänomene toxischer Barmherzigkeit

Wie die Kirche mit ihren Fehlern umgehen sollte – eine theologische Frage

**Spätmoderne Gesellschaften haben mit öffentlichen Schuldbekennnissen und „Fuckup Nights“ längst eigene Formen der Fehlerkultur entwickelt. Die Differenz zwischen theoretischer und praktizierter Verkündigung göttlicher Barmherzigkeit in der katholischen Kirche steht dieser Kultur weitgehend inkompatibel gegenüber. Hier zeigt sich auch ein theologischer Entwicklungsbedarf.**

Wer schon einmal eine „Fuckup Night“ besucht und die Erzählungen junger Existenzgründer\*innen von Flops und Insolvenzen erlebt hat, kennt die ambivalente Stimmung, die dabei entstehen kann: Hochachtung gegenüber dem Mut und der Risikofreude mischen sich mit dem Verdacht, dass die Macher\*innen doch ziemlich stolz auf ihren Weg sind – und die desaströsen Peinlichkeiten dabei in Wahrheit verschweigen.

Es gibt einen Kanon der Themen, die öffentlich bekannt werden können, ohne Schaden zu nehmen. Zuzugeben, dass man beim wissenschaftlichen Erarbeiten einer Dissertation „plagiiert“ hat, gehört zum Beispiel gesellschaftlich mittlerweile zur Fehlerkultur des 21. Jahrhunderts. Darin zeigt sich eine spätmoderne Kultur persönlicher Bekenntnisse. Aber der vom medialen Ankläger Jan Böhmermann bloßgestellte Geschäftsmann Fynn Kliemann („Kliemannsland“) repräsentiert zugleich all jene, die sich trotz eigenen Versagens dann lieber zum Opfer stilisieren. Personalverantwortliche im kirchlichen Kontext verhalten sich bisweilen ähnlich.

Auch die Fehlerkultur des 21. Jahrhunderts ist vielschichtig. Bischöfe, die angesichts unverantwortlicher Vertuschungstaten über Rücktritte nur nachdenken und entsprechende Angebote eher inszenieren als realisieren, sind als kirchliche Kuriosität durchaus Bestandteil dieser spätmodernen Kultur. Auch der Umgang mit Fehlern und Fehlritten ist dabei Teil der Inszenierung einer singularisierten Identitätskonstruktion (Andreas Reckwitz). Erst

wo die Fehler so umfassend sind, dass ihre Integration in die Identitätskonstruktion nicht mehr möglich ist, zeichnet sich die Dimension des Scheiterns ab. Für Kirche und Theologie ist die Wahrnehmung dieser Gegenwartskultur für die Kommunikation ihrer eigenen Inhalte von zentraler Bedeutung.

### Die schmerzliche Distanz zum eigenen Ideal

Es wäre verlockend, sich mit einer – zweifellos wünschenswerten – Fehlerkultur auf der pastoral-praktischen Ebene zu begnügen. Fehler sind als Konstitutive für Erkenntnisprozesse zu würdigen. Wo sie allerdings umfassend sind, können sie zum Scheitern ganzer Lebensentwürfe führen.

In diesem Rahmen können Fehler, Scheitern und Sünde nicht differenziert miteinander in Bezug gesetzt werden. Es muss der Hinweis genügen, dass sie in einem Punkt miteinander verwandt sind: Sie muten ein Leben mit einer schmerzlichen und empörenden Differenz zwischen Ideal und Wirklichkeit zu. Deshalb kann nicht über kirchliche Fehlerkultur gesprochen werden, ohne die theologische Frage der Vergebung und der göttlichen Barmherzigkeit mit in den Blick zu nehmen.

Allerdings – und darauf soll es hier ankommen – gibt es eine ihrerseits sündige und toxische Rede von der göttlichen Barmherzigkeit. Wenn Bischöfe in ihrer Amtsführung ihre Funktionen als Vorgesetzte und Seelsorger nicht trennen und Missbrauchstätern in der Vergangenheit (und wohl bis in die Gegenwart) die Barmherzigkeit Gottes zusichern, um damit ein männerbündisch-klerikalistisches System zu stabilisieren, wird für Außenstehende leicht erkennbar, wie gefährlich die Rede von der Barmherzigkeit Gottes sein kann. Sie erfolgt dann zu Lasten von Opfern und beschädigt den Kern christlichen Glaubens selbst.

### Kirchliche Praxis beschädigt ihren eigenen Kern

Die kirchliche Verkündigung hat in ihrer Rede von der Barmherzigkeit immer den Verweis auf Gott und seine/ ihre bereits bestehende Präsenz offenzuhalten. Besonders prägnant hat das schon vor Jahrzehnten der katholische Theologe Rolf Zerfaß formuliert: „Die Kirche bringt also den Menschen nicht etwas, was sie schlechterdings noch



nicht haben, sondern deckt auf, was Gott ihnen längst schon geschenkt hat: sein Erbarmen, seine Vergebung, seine Verheißung.“<sup>1</sup> Es wäre ein Missverständnis amtlich-sakramentaler Vergebung, wenn sie diesen Verweis auf das bereits befreiende und heilende Handeln Gottes nicht offenhielte. Zur Dimension göttlicher Barmherzigkeit gehört deshalb auch, dass sie sich den institutionellen Selbsterhaltungsstrategien entzieht. Eine deformierte Rede von der Barmherzigkeit Gottes konterkariert nicht nur christliche Glaubensinhalte, die anthropologisch auf der Verantwortlichkeit der Menschen für ihr Tun aufbauen. Sie symbolisiert auch eine Facette kirchlicher Fehler-Unkultur, in der sich kirchliche Unbarmherzigkeit und klerikales Achselzucken gegenüberstehen. Auf der Seite der Unbarmherzigkeit stehen große Teile des bisherigen kirchlichen Arbeitsrechts, rigoristische moralische Positionen in ethischen Debatten oder auch das nimmermüde Einfordern des kirchlichen Treue-Eids von Amts- und Funktionsträger\*innen, mit dem sich vor allem Misstrauen gegenüber den eigenen Theolog\*innen ausdrückt. In der Verbindung von Härte und toxischer Barmherzigkeit manifestiert sich der Eindruck eines kafkaesken Willkürsystems.

## „Die Sonnenblume“ als Lernfeld

In der Suche nach einer auf Gott verweisenden und nicht deformierten Rede von göttlicher Vergebung hat mich in den zurückliegenden Jahren die Erzählung „Die Sonnenblume“ von Simon Wiesenthal<sup>2</sup> angeregt. Es ist die Erzählung eines jungen Juden, der in der Shoa als KZ-Häftling von einem sterbenden SS-Mann stellvertretend für die vielen Opfer seiner Untaten um Vergebung gebeten wird. Indem der Junge weggeht und die Bitte des Sterbenden unbeantwortet lässt, stellt er sich in die jüdische Tradition. Die kennt zwar das Bekenntnis zu einem gerechten und darin barmherzigen Gott und sie kennt den Ruf nach göttlicher Vergebung. Doch hätte der Junge der Bitte des Sterbenden entsprochen, wäre es eine schwer erträgliche Anmaßung gewesen, in Stellvertretung des ganzen jüdischen

Volkes und aller Opfer zu sprechen. Gerade das schweigende Weggehen des Jungen wird hier zu einem Verweis auf die begrenzte menschliche Zuständigkeit.

Die amtliche oder stellvertretende Zusage der Vergebung – im Namen anderer oder sogar Gottes – ist der jüdischen Tradition fremd. Erst die neutestamentlichen Bevollmächtigungen des Apostelkreises („Wem ihr die Sünden vergebt, dem sind sie vergeben; wem ihr die Vergebung verweigert, dem ist sie verweigert“ – Joh 20,23) haben in einer Vielzahl christlicher Traditionen jene Amtsstrukturen begründet und Vorstellungen der Stellvertretung ermöglicht, die eine Zusage der Vergebung und des Neuanfangs in göttlicher und ekklesialer Stellvertretung kennen. Doch sei an dieser Stelle eine Frage aufgeworfen: Wären mit einer Würdigung des jüdischen Erbes im Christentum diese Konzepte des amtlichen und bevollmächtigten Auftretens mit ihren Gefahrenpotenzialen nicht stärker einzuhegen und zu domestizieren, gerade weil sie für die Erfahrungen kirchlicher Unbarmherzigkeit mitverantwortlich gemacht werden müssen?

Es geht also im Bemühen um eine kirchliche Fehlerkultur auch um die Pflege des Konzeptes amtlicher Stellvertretung durch seine Befreiung von einem überbordenden Geltungsanspruch. Durch den Blick auf die Verbindung eines amtlichen Stellvertretungsanspruchs mit den unerträglichen Phänomenen toxischer Barmherzigkeitsrede werden unausweichliche Aufgaben sichtbar: Die theologischen Konsequenzen aus den klerikalistischen Missständen, die die zentralen Themen christlichen Glaubens beschädigen, rücken erst langsam in den Blick. Der Ruf nach kirchlicher Fehlerkultur muss daher auch zentrale theologische Themen umfassen.

## | Prof. Dr. Wolfgang Beck

Lehrstuhl für Pastoraltheologie und Homiletik  
in Frankfurt am Main, Sprecher des „Wort zum Sonntag“ in der ARD

<sup>1</sup> Zerfaß, Rolf, Die kirchlichen Grundvollzüge – im Horizont der Gottes-herrschaft, in: Konferenz der bayerischen Pastoraltheologen (Hg.), Das Handeln der Kirche in der Welt von heute. Ein pastoraltheologischer Grundriß, München 1994, 32-50, 45.

<sup>2</sup> Vgl. Wiesenthal, Simon, Die Sonnenblume, München 2015.

## Ein Gesetz für wenige aber mit großer Wirkung

Was das geplante Selbstbestimmungsgesetz für trans\* Personen bedeutet

**Für trans\* Personen<sup>1</sup> ist das Verfahren zur Vornamens- und Personenstandsänderung derzeit mit vielen behördlichen Anforderungen und hohen Kosten verbunden. Nun gibt es einen Gesetzesentwurf für ein Selbstbestimmungsgesetz, das eine Vereinfachung des Verfahrens vorsieht. Theo Schenkel erläutert uns das aktuelle Verfahren und ordnet den neuen Gesetzesentwurf kritisch ein.**

„Kann ich bitte noch Ihren Ausweis sehen?“ Ob beim Paket-abholen oder bei der Ticketkontrolle im Zug, diese Frage löst bei vielen trans\* Personen Panik aus. Nämlich dann, wenn die Person auf dem Ausweis der Person in der Realität nicht mehr entspricht und sich dies nicht nur durch ein veraltetes Foto rechtfertigen lässt. Ich sage beim Vorstellen, dass ich Theo heiße. Das Ticket oder das Paket wird auch auf diesen Namen ausgestellt, aber auf meinem Personalausweis steht noch mein Deadname. Entweder akzeptiert mein Gegenüber den Ergänzungsausweis, auf dem übergangsweise ein Foto, mein Name und die Nummer des offiziellen Ausweises vermerkt sind, oder die Person besteht darauf, meinen Personalausweis zu sehen. So oder so, um Erklärungen oder Diskussionen komme ich dabei nicht herum und ich muss mich als trans\* outen. Ich bin in jeder dieser Situationen darauf angewiesen, dass mein Gegenüber nicht transfeindlich ist. Dazu kommt, dass diese Situationen üblicherweise in der Öffentlichkeit stattfinden; das Outing bekommen also meistens noch unbeteiligte Personen mit. Warum ich nicht direkt nach meinem Outing meinen Ausweis geändert habe? Weil es aufgrund des aktuell noch geltenden Transsexuellengesetzes (TSG) ziemlich mühsam und teuer ist.

### Ablauf einer Vornamens- und Personenstandsänderung

Für das aktuelle Verfahren braucht es zwei Gutachten von Psycholog\*innen oder Psychotherapeut\*innen. Die Zuteilung der Gutachter\*innen erfolgt oft ohne Mitspracherecht der trans\* Personen und ohne Rücksicht darauf, ob die Gutachter\*innen besondere Expertise auf diesem Gebiet vorweisen können. Dementsprechend sind diese begutachtenden Gespräche oft äußerst unangenehm, teilweise sogar traumatisierend. Unzählige Erfahrungsberichte schildern, dass häufig intimste Fragen zum Sexualleben gestellt werden und der Druck besteht, Geschlechterstereotype zu erfüllen. Vor allem bei transweiblichen Personen wird das Äußere stark in die Bewertung miteinbezogen. Selbst wenn, wie in meinem Fall, die Gutachter\*innen versuchen, das Gespräch wenig traumatisierend und klischeebehaftet zu gestalten, bleibt es eine belastende Erfahrung. Im Prinzip besteht das Gespräch daraus, einer fremden Person die komplette eigene Biografie zu erzählen und zu begründen. Die TSG-Verfahren werden selten negativ entschieden, aber die Angst davor ist dauerhaft im Hintergrund. Nach den Gutachten entscheidet ein\*e Richter\*in über den Antrag. In der Regel braucht es hierbei noch mal ein Gespräch mit dem\*der Richter\*in, in dem ebenfalls invasive Fragen gestellt werden können. Alles in allem zieht sich das Verfahren meist über ein halbes Jahr hin. Sofern noch Beanstandungen bei Unterlagen vorliegen, kann es noch länger dauern. Die Kosten belaufen sich bei einem reibungslosen Ablauf auf etwa 1200 bis 2000 Euro, die von der trans\* Person selbst getragen werden müssen. Grob zwei Drittel der Summe dürften auf die beiden Gutachten entfallen.

Neben der Begutachtungspflicht weist der aktuelle Gesetzestext weitere problematische Punkte auf. So wären trans\* Personen eigentlich noch verpflichtet, sich sterilisieren und jede mögliche geschlechtsangleichende Operation durchführen zu lassen. Diese Anforderungen wurden 2011 vom Bundesverfassungsgericht als nicht zulässige Bedingungen außer Kraft gesetzt. Im Gesetzestext werden sie jedoch immer noch genannt.

### Gesetzesentwurf für ein Selbstbestimmungsgesetz

Im Juni 2022 wurde vom Familien- und vom Justizministerium ein Eckpunktepapier für ein Selbstbestimmungsgesetz

<sup>1</sup> Trans\* ist ein Überbegriff. Er beschreibt verschiedene Formen von trans\* Sein, denen gemein ist, dass das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht nicht mit dem tatsächlichen Geschlecht übereinstimmt.

# Identität Selbstbestimmungsgesetz

vorgelegt. Der Gesetzesentwurf sieht eine deutliche Vereinfachung bei der Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrages vor. Demnach handelt es sich nicht mehr um ein Gerichtsverfahren, sondern um ein vereinfachtes Verfahren beim Standesamt. Zentral ist die Änderung, dass die Begutachtungspflicht entfällt und keinerlei körperliche oder geschlechtsangleichende Maßnahmen gefordert werden dürfen. Für volljährige Personen genügt eine Eigenversicherung, in der die Personen erklären, dass ihr Vorname und/oder Geschlechtseintrag aktualisiert werden soll. Bei Minderjährigen unter 14 Jahren muss die Änderungserklärung von den Sorgeberechtigten abgegeben werden. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren können ebenfalls eine Erklärung abgeben, benötigen allerdings die Zustimmung einer sorgeberechtigten Person. Sollte diese nicht zustimmen, kann stattdessen ein Familiengericht entscheiden.

Neben den Verfahrensänderungen soll auch eine fachkundige, kostenlose Beratung angeboten werden, um den betroffenen Personen eine informierte Entscheidung zu ermöglichen und den Prozess zu begleiten. Ergänzend soll das Gesetz ein Offenbarungsverbot mit Bußgeldstrafen enthalten, das heißt, es ist unter Androhung von Bußgeld verboten, trans\* Personen zu outen oder gar ihren früheren Vornamen und Geschlechtseintrag öffentlich zu machen. Das Gesetz soll Ende 2022 vom Bundeskabinett verabschiedet werden und laut Planung der zuständigen Ministerien in der zweiten Jahreshälfte 2023 in Kraft treten.

In der neuen Regelung werden auch nicht-binäre und intergeschlechtliche Personen mitgedacht. Für nicht-binäre Personen gibt es bisher überhaupt keine Regelung, sondern nur eine unpassende Übertragung der Regelungen für binäre Transgeschlechtlichkeit. Die bisher veröffentlichten Eckpunkte des Selbstbestimmungsgesetzes gestehen also trans\*, nicht-binären und inter Personen zu, dass sie am besten wissen, wer sie selbst sind. Wir sind weder dazu gezwungen, unsere geschlechtliche Identität unter Beweis zu stellen, noch sind wir darauf angewiesen, dass uns geglaubt wird. Es bleibt allerdings festzuhalten, dass zwar die offizielle Änderung durch das Selbstbestimmungsgesetz einfacher wird, aber die Behördengänge und der Aufwand für das Aktualisieren aller möglichen Kund\*innenkonten (oder das Neuanlegen bei neuen Bestellungen) bestehen bleiben. Die Änderung bei der Bank, im Mietvertrag, bei

Versicherungen und vielen anderen Stellen, die sich vor der amtlichen Änderung querstellen, obwohl viele schon vorher das Recht hätten, den Namen anzupassen, ist weiterhin aufwendig und mit ständigem Outing verbunden. Dementsprechend ist es auch leichtgläubig zu behaupten, Menschen würden durch das neue Gesetz aus Spaß ihren Vornamen und Geschlechtseintrag ändern lassen, wie es einige Kritiker\*innen tun.

Nicht im Entwurf enthalten sind Regelungen zum Abstammungsrecht. Auch der Bereich des Sports bleibt vom Gesetzesentwurf unberührt.

## Die Sicht der katholischen Kirche

Auch wenn die gesetzliche Verpflichtung besteht, nur noch den neuen Vornamen und Personenstand zu verwenden und Personen nicht zu outen, wird dies von der katholischen Kirche nicht anerkannt. Egal, wie viele Gerichte mein männliches Geschlecht bestätigen, für die katholische Kirche bleibe ich weiblich und bin als trans\* Person von vornherein von der Ehe ausgeschlossen. Dieses Vorgehen steht meines Erachtens in einem starken Konflikt zu den Inhalten des Glaubens. Vor allem im Christentum setzen wir großes Gewicht auf den Namen. Sei es, dass wir eine bunte Sammlung an Namen für G\*tt selbst haben oder die Vorstellung, dass jede\*r mit seinem/ihrem Namen in G\*ttes Hand eingeschrieben sei. Umso wichtiger ist es daher, dass der Wunsch von trans\* Personen in Bezug auf ihren Namen von der Kirche respektiert und wertgeschätzt wird.

Auf den ersten Blick erscheinen ein Ausweis und der darauf vermerkte Name wenig relevant, weil ich im Alltag die meiste Zeit mit meinem gewählten Namen angesprochen werde und viele nicht wissen, dass dort eine Diskrepanz besteht. Dennoch gibt es immer wieder Situationen, die von Stress und Unsicherheit geprägt sind und eine ständige Belastung darstellen. Das Selbstbestimmungsgesetz kann hier eine wichtige Entlastung bieten und ist für betroffene Personen von unschätzbarem Wert.

## | Theo Schenkel

Aktivist bei #OutInChurch und katholischer Religionslehrer

## Der Katholikentag der Zukunft

Kirchengrenzen überwinden ist notwendig

**Nach dem Katholikentag ist vor dem Katholikentag. Zugegeben: eine recht schlichte Feststellung. Doch in diesem „Auf ein Neues!“ schwingt immer auch die Spannung mit, die mit jedem Aufbruch einhergeht. Katholikentage leben gerade davon, dass sie immer wieder an anderen Orten stattfinden, von anderen Menschen gestaltet werden, unter oft radikal anderen Bedingungen als zuletzt. Erfahrung kann dabei von großem Wert sein, Routine aber wäre fatal. Denn sie würde die Herausforderung nicht als Chance erkennen.**

Mehr Kooperationen wagen! Katholikentage fragen, wie unsere Welt sein sollte, damit alle darin – im umfassenden Sinn – „gut“ leben können. Für Christ\*innen vermittelt die Botschaft des Evangeliums davon eine überzeugende Idee. Sie ist aber in einer pluralen und vielgestaltigen Gesellschaft nur eine unter vielen. Deshalb müssen Katholikentage auch künftig Orte wirklicher Begegnung mit anderen gesellschaftlichen Akteur\*innen sein, um die Bedingungen für echte Kooperation und sachorientierte Koalition immer wieder neu auszuloten oder um Differenzen und Gegensätze offenzulegen. Beim zurückliegenden Stuttgarter Katholikentag war erkennbar, dass es schwerer geworden ist, namhafte Politiker\*innen für eine aktive Teilnahme zu gewinnen. Ähnliches gilt für Repräsentant\*innen aus der Wirtschaft. Und auch in anderen Bereichen bedarf es neuer Offensiven und Initiativen, um den Katholikentag als Diskursort weiterhin oder wieder attraktiv zu gestalten. Deshalb ist es Zeit für neue Formen der Kooperation mit nichtkirchlichen

Akteur\*innen schon in der Vorbereitung und thematischen Ausgestaltung eines Katholikentags.

Mehr Risiko wagen! Klassische Podiumsveranstaltungen und Werkstattangebote werden auch künftig ihren Wert behalten. Ihre Attraktivität für viele Teilnehmende steht außer Frage. Aber Katholikentage brauchen auch neue Veranstaltungsformate. Warum nicht mal eine Veranstaltungsreihe wirklicher Streitgespräche konzipieren? Als öffentliche Veranstaltung unter freiem Himmel? Barcamps und World-Cafés nicht nur als rare Zugabe für die eine oder andere Zielgruppe. Wie wäre es mit einem mehrtägigen Zukunftslaboratorium, in dem kirchliche und nichtkirchliche Akteur\*innen schon in der Konzeptionsphase kooperieren. Vielleicht mit Langzeitwirkung über den Katholikentag hinaus? Ja, manches davon hat es bei Katholikentagen schon gegeben. Aber hole man es künftig doch in die Mitte des Programms. Setze man es auf der Prioritätenliste ganz nach oben! Denn innovative Formate jenseits des Erprobten und Bewährten verlangen organisatorisch, personell und finanziell besondere Energie – Energie, die sich aber sehr wahrscheinlich mehrfach auszahlt.

Mehr Konkurrenz wagen? Der mit Blick auf die Programmfülle eines Katholikentags oft gehörte Satz, weniger sei mehr, ignoriert die Tatsache, dass diese Vielfalt Ausdruck der Vielgestaltigkeit des kirchlichen Lebens in Deutschland ist und sein soll. Dennoch muss die Frage erlaubt sein, ob ein und dasselbe Thema zwingend aus den unterschiedlichen Perspektiven dieses und jenes Verbandes betrachtet werden muss. Wäre es nicht in mancher Hinsicht ökonomischer, themenbezogen zu kooperieren? Radikaler wäre der Ansatz, einen großen Wettbewerb, um eine zuvor limitierte Zahl von Veranstaltungen zu initiieren. Dann würde allein die Güte eines Veranstaltungskonzeptes darüber entscheiden, wer zum Zug kommt.

Ob das eine oder das andere in Zukunft zur Anwendung kommt oder ob man ganz andere Wege beschreiten möchte, kann nur der Veranstalter der Katholikentage selbst, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, entscheiden. Seine Vollversammlung, bestehend aus 230 Menschen, die den deutschen Laienkatholizismus repräsentieren, wird über die Weiterentwicklung der Katholikentage zu entscheiden haben. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich im Dezember dieses Jahres.

| **Dr. Thomas Großmann**

war von 1992 bis 2022 beim ZdK für die Planung der Katholikentage verantwortlich